

Chinas Boom und die deutschen Reaktionen 28.06.2011



BEIJING/BERLIN (Eigener Bericht) - Mit den heute zu Ende gehenden deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen treibt Berlin seine widersprüchliche China-Politik voran. Der Boom in der Volksrepublik hält ungebrochen an; Ökonomen sagen Beijing übereinstimmend den Aufstieg zur weltstärksten Wirtschaftsmacht voraus. Deutsche Konzerne bereiten sich darauf vor und bauen ihre Präsenz in China aus,

um im künftigen Zentrum der globalen Wirtschaft Geschäfte machen zu können. Während die Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen bei den aktuellen Gesprächen im Mittelpunkt steht, warnen Strategen, Beijing profitiere auch machtpolitisch vom Wirtschaftsboom. So hat der chinesische Ministerpräsident am Wochenende angekündigt, China werde in Kürze mit dem Kauf ungarischer Staatsanleihen und mit Milliardeninvestitionen in Ungarn Budapest aus der Krise helfen. Damit wird die Volksrepublik zum Machtfaktor in einem Land, das bisher einem hegemonialen Einfluss Deutschlands ausgesetzt war. Auf den Einflussgewinn Chinas reagiert das Berliner Establishment mit dem Versuch, Beijing durch Imagekampagnen ("Menschenrechte") zu schwächen, von denen Verbündete der Bundesrepublik zuverlässig verschont bleiben. Gleichzeitig startet die Boulevardpresse eine Kampagne gegen die Volksrepublik, die nach klassischem Muster vor einer angeblichen "China-Invasion" warnt und an traditionelle rassistische Ressentiments ("gelbe Gefahr") anknüpft.

Ein Mehr an Chancen

Im Mittelpunkt der aktuellen deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen, die am heutigen Dienstag zu Ende gehen, steht der Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. China, dessen Wirtschaft ungebrochen wächst, hat im vergangenen Jahr nicht nur die Vereinigten Staaten beim Außenhandel mit Deutschland überholt (130,1 Milliarden Euro gegenüber 113,7 Milliarden Euro). Es liegt zudem nur noch knapp hinter einem der wichtigsten innereuropäischen Handelspartner der Bundesrepublik - den Niederlanden (132 Milliarden Euro). Selbst der bedeutendste deutsche Handelspartner überhaupt, Frankreich (152,5 Milliarden Euro), wird nach dem Urteil von Experten womöglich schon in wenigen Jahren eingeholt.[1] "China bedeutet für uns ein Mehr an Chancen", erklärt Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler über die in Aussicht stehenden Gewinne, die sich aus dem chinesischen Boom ergeben.[2]

Airbus, Boeing, Comac

Eines der jüngsten Beispiele für die gewaltigen ökonomischen Fortschritte, die China mittlerweile selbst in Hochtechnologiebranchen erzielt, liefert die Flugzeugindustrie. Der erst im Mai 2008 in Shanghai gegründete Flugzeughersteller Comac (Commercial Aircraft Corporation of China) kündigt an, bereits im Jahr 2014 werde sein Mittelstreckenflieger C919 den Erstflug absolvieren. Für 2016 ist der Markteintritt geplant. Der C919 konkurriert unmittelbar mit entsprechenden Modellen von Airbus und Boeing. Schon jetzt hat Comac auch die Entwicklung größerer Modelle (C929, C939) im Blick. Für Flügel und Rumpf des C919 werden anstatt der üblichen Kohlefaserverbundstoffe Aluminiumlegierungen verwendet, die in der Flugzeugindustrie als Baustoff der Zukunft gelten - auf lange Sicht ein Vorteil für Comac. Bei Boeing und Airbus, die sich bislang den Markt für Mittel- und Langstreckenflugzeuge teilen, gilt der chinesische Konzern bereits heute als ernsthafter Rivale. "Die Tage des Duopols mit Airbus sind vorbei", urteilt der Leiter der Boeing-Zivilsparte; dabei seien die Chinesen womöglich "schneller, als jeder denkt".[3] Die Vermutung ist nicht abwegig. Mit welchem hohem Tempo China ehrgeizige Technologieprojekte voranzutreiben fähig ist, zeigt der neue Hochgeschwindigkeitszug von Beijing nach Shanghai, der zum 1. Juli in Betrieb genommen werden soll - ein ganzes Jahr früher als geplant. 90 Züge am Tag werden die 1.320 Kilometer lange Strecke in jeweils vier Stunden und 48 Minuten zurücklegen und pro Jahr 80 Millionen Passagiere befördern. Vergleichbares gibt es in Europa nicht.

Dabei sein ist alles

Die gewaltigen Fortschritte Chinas erklären, weshalb auch deutsche Unternehmen alles daran setzen, ihre Präsenz in dem Land auszubauen. Der Chemieriese Bayer etwa hat erst unlängst bekanntgegeben, er werde seine Investitionen in der

Volksrepublik bis 2016 von zwei auf drei Milliarden Euro aufstocken und Forschung und Entwicklung in Beijing und Shanghai intensivieren. [4] Auch wird der Konzern zwei Hauptverwaltungen aus Leverkusen nach China verlegen. Ursache ist, dass der chinesische Geschäftsanteil rapide wächst. 2010 erreichte der Umsatz, den Bayer in China erzielte, nach einer Steigerung um rund 40 Prozent bereits 8,3 Prozent des globalen Konzernumsatzes. Ein weiteres rasches Wachstum gilt als sicher. Bei den Polycarbonaten hält die Volksrepublik inzwischen einen globalen Umsatzanteil von 35 Prozent. Dies ist der Grund dafür, dass Bayer beschlossen hat, seine Polycarbonat-Verwaltung in China anzusiedeln. Mit derlei Maßnahmen trägt der Leverkusener Konzern zudem einer langfristigen ökonomischen Tendenz Rechnung - der mutmaßlichen Verschiebung der Welthandelsströme nach Asien.

Weltwirtschaftszentrum China

Auf diese Verschiebung hat erst kürzlich die Forschungsabteilung der Standard Chartered Bank hingewiesen. Demnach wird in den nächsten Jahren vor allem der Handel zwischen Schwellen- und Entwicklungsländern das weltwirtschaftliche Wachstum befördern. EU und USA, zusätzlich zu langfristig wirksamen Schwächungstendenzen durch die Finanzkrise schwer angeschlagen, fallen zurück und verlieren ihre bislang dominierende Position. Bis zum Jahr 2030 werde der Handel zwischen den aufstrebenden Staaten, der 1990 nur sieben Prozent des Welthandels betragen habe und heute immerhin schon 18 Prozent erreiche, auf rund 40 Prozent steigen, vermutet die Bank: "China wird dann im Zentrum vieler bedeutender Handelskorridore stehen". [5] Die wichtigsten dieser Korridore würden nicht mehr nach Europa und Nordamerika führen, sondern aus Asien nach Lateinamerika bzw. aus Asien in den Nahen Osten verlaufen. Die Untersuchung der Standard Chartered Bank schließt an frühere Studien anderer Finanzinstitute an, die fast sämtlich den Aufstieg Chinas an die Spitze der Weltwirtschaft bei gleichzeitigem Aufstieg weiterer Staaten Asiens und Lateinamerikas prognostizieren, insbesondere Indiens, Brasiliens und Mexikos. Ihnen gegenüber würden, heißt es, die Staaten Europas, auch Deutschland, zurückfallen (german-foreign-policy.com berichtete [6]).

Stützungskäufe

Dabei senkt der Aufstieg Chinas nicht nur die Anteile des alten Westens an der Weltwirtschaft, er bringt auch einen stärkeren ökonomischen Einfluss Beijings in Europa mit sich. Jüngstes Beispiel ist nach den chinesischen Stützungskäufen griechischer Staatsanleihen im letzten Jahr der aktuelle Ausbau der chinesisch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen. Bei seinem Besuch in Budapest am vergangenen Wochenende hat der chinesische Ministerpräsident Wen Jiabao den Kauf ungarischer Staatsanleihen angekündigt; auch erhält Ungarn einen chinesischen Sonderkredit im Volumen von einer Milliarde Euro - zur Förderung gemeinsamer Investitionsvorhaben. Beijing kündigt an, den Außenhandel zwischen den beiden Ländern binnen vier Jahren auf einen Wert von 20 Milliarden US-Dollar verdoppeln zu wollen. Dies wären bereits zwei Drittel des heutigen Handelsvolumens zwischen Ungarn und der gegenwärtig in Ungarn mit Abstand dominierenden Wirtschaftsmacht - Deutschland. Darüber hinaus sind inzwischen auch milliardenschwere Investitionen aus China in Ungarn im Gespräch. Dass dies alles ohne Einfluss auf die zur Zeit auch politisch dominierende deutsche Position in Budapest bleibt, muss als unwahrscheinlich gelten.

Die "gelbe Gefahr"

Die Reaktionen des Berliner Establishments auf die Aussicht, einen Teil des eigenen, in Europa inzwischen hegemonialen Einflusses preisgeben zu müssen, sind angesichts der Stärke Chinas von krassen Widersprüchen geprägt. Während die Bundeskanzlerin bei den aktuellen Verhandlungen in der deutschen Hauptstadt eine noch engere Zusammenarbeit in die Wege zu leiten sucht, liefert die Bundesregierung immer wieder Material für Kampagnen gegen Beijing ("Menschenrechte"), von denen ihre Verbündeten auch bei schwersten Menschenrechtsverbrechen stets verschont bleiben. In zahlreichen Medien sind auch in diesen Tagen heftige Invektiven gegen die Volksrepublik zu lesen; die Boulevardpresse weckt sogar alte rassistische Ressentiments ("Die gelbe Gefahr") und warnt vor einer angeblichen "China-Invasion": "Sie kaufen unseren Boden, deutsche Traditionsfirmen", heißt es über chinesische Konzerne, "China rollt Europa auf". [7] Die Widersprüche zwischen dem Bemühen um engere Kooperation auf der einen und kampagnenförmigen Attacken gegen China auf der anderen Seite sind allerdings kein Zeichen von Unstimmigkeiten in der Berliner Außenpolitik, sondern vielmehr Ausfluss gegensätzlicher Interessen, die zwischen dem Wunsch nach Profit aus der Kooperation mit der boomenden chinesischen Wirtschaft und dem Kampf gegen die aus dem Boom entstehende politische Macht Chinas resultieren.

[1] s. dazu [Den Druck erhöhen](#)

[2] Merkel empfängt Premier Wen; [www.n-tv.de](#) 27.06.2011

[3] Chinesen belauern Boeing und Airbus; [www.ftd.de](#) 21.06.2011

[4] Bayer stockt in China auf; [www.welt.de](#) 23.06.2011

[5] China rückt ins Zentrum des Welthandels; [www.ftd.de](#) 22.06.2011

[6] s. dazu [Europas Abstieg \(1\)](#)

[7] Chinesen in Deutschland auf Shopping-Tour; www.bild.de 26.06.2011. S. auch [Deutschland gegen China \(1\)](#)

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com